Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 zespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 185. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Mittwoch, den 10. August 1927**

Sparen ist notwendig.

Was nützt es, daß die deutsche Wirtschaft seit der Währungsstabilisierung vom Auslande her unter manchmal recht schwierigen Bedingungen Anleihen in einer Höhe von bisher bald 4 Milliarden erhielt! Gewiß waren sie nötig, um uns aus dem Ärgsten herauszubringen, aber diese Summen müssen doch von der deutschen Wirtschaft dem Auslande wieder zurückgegeben werden. Wichtiger als die Unterstützung von draußen her ist für jede Volkswirtschaft die Kapitalsneubildung durch eigene Ersparnisse, also „durch den Verzicht auf augenblicklichen Genuß", wie es in der nationalökonomischen Wissenschaft heißt. Und damit geht es erfreulicherweise wieder vorwärts und aufwärts, wie vor allem aus dem Ansteigen der Sparkasseneinlagen ersichtlich wird. Das Tempo ist ein verschiedenes, wenn man die einzelnen Monatsergebnisse vergleicht, aber das Anwachsen hat bisher seit der Währungsstabilisierung noch keine Unterbrechung erfahren.

Ende Juni 1927 lagen, wie das Statistische Reichsamt soeben mitzuteilen vermag, rund 4 Milliarden Reichsmark in den deutschen Sparkassen; während dieses Monats ist die Steigerung in der Höhe der Einlagen etwas hinter der des Mai zurückgeblieben, aber der absolute Höchststand seit jener Zeit ist erreicht, als Sparen — Unsinn geworden war. Damals, als der Papiermarkschleier von unsern Augen fortgenommen war, da stellte es sich heraus, daß die Spareinlagen, in Gold umgerechnet oder in Goldwert eingezahlt, nur noch die „Höhe" von 200 Millionen hatten.

Dreizehn Milliarden hatten die kleinen und mittleren Einkommen — denn fast nur für diese Kreise kam ja für Rücklegung von Geld die Sparkasse in Frage — vor dem Kriege gespart und es war bis Ende 1924 zerronnen bis auf einen geringen Rest. Und obwohl das Zutrauen zum Reich nicht gerade gewachsen ist durch die Aufwertung der früheren Sparkasseneinlagen, die ja erst in letzter Zeit auf den besseren Satz von 15 v. H. festgelegt worden ist, so war doch schon bis zum November 1925 der Gesamteinlagebestand der deutschen Sparkassen — also nach kaum zwei Jahren — wieder auf 1543 Millionen gestiegen. Er hat sich dann bis zum September 1926 um weitere 85 v. H. vermehrt, betrug also über 2700 Millionen, um dann wieder binnen zehn Monaten im gleichen Verhältnis anzusteigen.

Natürlich steht schon vermöge seiner Bevölkerungszahl Preußen an der Spitze aller deutschen Länder, überragt aber auch im Durchschnitt — also Höhe der Spareinlage pro Kopf der Bevölkerung — fast alle anderen. Nur Hamburg und namentlich der Freistaat Bremen weist hierin weit höhere Durchschnittszahlen auf. Interessant ist auch die Verteilung auf die preußischen Provinzen. Hier steht die Rheinprovinz weitaus an erster Stelle, sie war 1926 im Besitz von etwa einem Viertel des Gesamtrücklagebestandes Preußens; ihr folgen dann Westfalen und Hannover, während der Durchschnittssatz in Groß-Berlin ganz auffallend gering ist, nämlich nur die Hälfte des preußischen Gesamtdurchschnitts. Das alles, vor allem aber, daß der stärkere agrarische Osten Preußens, dann etwa auch Bayern mit seiner immer noch vorwiegend landwirtschaftlichen Bevölkerung längst nicht den Reichsdurchschnitt erreicht, läßt den Schluß zu, daß eben in den Jahren nach der Währungsstabilisierung der deutschen Landwirtschaft die Möglichkeit entschwunden ist, in größerem Ausmaß Ersparnisse vornehmen zu können. Am bezeichnendsten ist, daß gerade Ostpreußen und die bei Preußen verbliebenen Teile Westpreußens und Posens die tiefsten Ziffern aufweisen.

Wie sich diese Entwicklung fortsetzt, ist aber von größter Wichtigkeit. Viel von dem früher so hoch entwickelten Sparsinn des deutschen Volkes ist durch die Inflation verlorengegangen und so mancher, der damals an der Börse „spekulierte", um sein Vermögen soweit wie nur möglich zu retten, hofft auch jetzt noch, an eben dieser Stelle das Verlorene rasch wiederzugewinnen. Meist trügt diese Hoffnung; aber noch versuchen es immer wieder weite Kreise, die früher Pfennig um Pfennig zur Sparkasse brachten. So gibt die Statistik ein zwar nicht ganz zutreffendes Bild von der sich im deutschen Volk vollziehenden Kapitalsneubildung; aber auch schon dieses Bild zeigt, daß es erfreulicherweise vorwärts geht.

Letzte Vorbereitungen zum Ozeanflug.

Start von Dessau und Köln.

In Dessau wird erklärt, daß der Ozeanflug nicht vor Sonnabend dieser Woche stattfinden kann, weil der Pilot Köhl sich bei der Notlandung in der vorigen Woche Verbrennungen durch Benzindämpfe zugezogen hat, deren Heilung ihn erst Ende der Woche in die Lage versetzt, die lange Ozeanüberfahrt zu unternehmen. Hinzu kommt, daß die neuen Wettermeldungen der Hamburger Seewarte nach wie vor ungünstig lauten.

Der Flieger Könnecke trifft zurzeit die letzten Vorbereitungen für seinen Ozeanflug. Der endgültige Start soll, wie Könnecke hofft, noch in dieser Woche in Köln erfolgen. Wegen der besseren atmosphärischen Wetterverhältnisse soll die südliche Route über die Azoren eingeschlagen werden.

Entschädigung der Kriegsbeschädigten

Das Schlußgesetz über Kriegsschäden

Die Bestimmungen des Gesetzentwurfs.

Der Reichsfinanzminister hat nunmehr dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat den Entwurf des Kriegsschädenschlußgesetzes, das die endgültige Entschädigung der Liquidations- und Gewaltgeschädigten regeln soll, zugeleitet. Die Vertreter sämtlicher Geschädigtenverbände sowie der Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft, denen der Finanzminister in einer Besprechung den Inhalt des Gesetzentwurfs mitgeteilt hat, haben übereinstimmend erklärt, daß sie, da sie zu den Vorarbeiten nicht herangezogen worden seien, sich zu dem Regierungsentwurf erst nach einer Woche sachlich äußern könnten.

Was die Bestimmungen des Entwurfs angeht, so sind für die wiederaufbauenden Geschädigten folgende Entschädigungssätze in der Schlußentschädigung vorgesehen:

Eine vom Reichsfinanzministerium veröffentlichte Übersicht über die Bestimmungen des Entwurfs des Kriegsschädenschlußgesetzes sieht für die wiederaufbauenden Geschädigten folgende Entschädigungssätze in der Schlußentschädigung vor:

a) bei Entwurzelung: für Grundbeträge bis 2000 Mark 100 Prozent, für Grundbeträge bis 10 000 Mark mindestens 60 Prozent, für Grundbeträge bis 20 000 Mark mindestens 55 Prozent, für Grundbeträge bis 50 000 Mark mindestens 35,8 Prozent, für Grundbeträge bis 100 000 Mark mindestens 29,4 Prozent, für Grundbeträge bis 200 000 Mark mindestens 23,7 Prozent, für Grundbeträge bis 500 000 Mark mindestens 18,48 Prozent, für Grundbeträge bis 1 Million Mark mindestens 16,74 Prozent, für Grundbeträge bis 10 Millionen Mark mindestens 13,37 Prozent, für Grundbeträge bis 20 Millionen Mark mindestens 13,19 Prozent, für Grundbeträge bis 50 Millionen Mark mindestens 13,08 Prozent.

b) bei Nichtentwurzelung: für Grundbeträge bis 2000 Mark 100 Prozent, für Grundbeträge bis 10 000 Mark mindestens 60 Prozent, für Grundbeträge bis 20 000 Mark mindestens 55 Prozent, für Grundbeträge bis 50 000 Mark mindestens 35,8 Prozent, für Grundbeträge bis 100 000 Mark mindestens 29,4 Prozent, für Grundbeträge bis 200 000 Mark mindestens 23,7 Prozent, für Grundbeträge bis 500 000 Mark mindestens 15,48 Prozent, für Grundbeträge bis 1 Million Mark mindestens 12,74 Prozent, für Grundbeträge bis 10 Millionen Mark mindestens 8,47 Prozent, für Grundbeträge bis 20 Millionen Mark mindestens 8,24 Prozent, für Grundbeträge bis 50 Millionen Mark mindestens 6 Prozent.

Die Höchstgrenze der Entschädigung.

Für entwurzelte und wiederaufbauende Geschädigte betrug die Höchstgrenze der Entschädigung 7 Millionen, für nicht entwurzelte, aber wiederaufbauende Geschädigte 3 Millionen, für nicht wiederaufbauende Geschädigte 2 Millionen. Bei Wertpapierschäden beträgt die Höchstgrenze für entwurzelte und wiederaufbauende Geschädigte 5 Millionen, beim Fehlen einer dieser Voraussetzungen 2 Millionen. Alle bisherigen Vorleistungen werden auf die Schlußentschädigung angerechnet. Geschädigte mit einem Grundbetrage bis 20 000 Mark erhalten Barzahlung. Entschädigungen für einen Grundbetrag über 20 000 Mark werden als mit 6 v. H. jährlich verzinsliche Schuldbuchforderungen in das Reichsschuldbuch eingetragen. Sie können später in Reichsschuldverschreibungen umgewandelt und sollen möglichst schnell getilgt werden.

Der Oberstleutnant Skala vom Flugplatz in Gbell ist auf einem tschechoslowakischen Militärflugzeug „S. 16" zum Flug nach Tokio gestartet. Er wird von seinem Mechaniker Tauser begleitet. Die erste Station wird Moskau sein. Der Flug soll 21 Tage in Anspruch nehmen, davon 16 Flugtage.

Kein vorzeitiger Start.

Berlin, 8. August. In einigen Teilen des Reiches sind Gerüchte verbreitet, wonach die beiden Ozeanflugzeuge der Junkerswerke bereits gestartet sein sollen. Das stimmt nicht. Es bleibt vielmehr bei der Mitteilung der Junkerswerke, daß der Start erst in der zweiten Hälfte der Woche erfolgen wird. In den Kreisen der Veranstalter des Fluges steht man auf dem Standpunkt, daß nur unter günstigen Witterungsverhältnissen aufgestiegen werden soll, die nach menschlichem Ermessen ein Gelingen des Fluges gewährleisten. Die Qualität der Piloten wie der Maschinen stehe zu hoch, als daß sie sicheren Gefahren derart ausgesetzt werden dürften, die die Tragödie der französischen Ozeanflieger zur Folge hatten. In Dessau ist man überzeugt, daß der Flug bei dieser sorgfältigen Vorbereitung gelingen wird.

Paris und die deutschen Ozeanflüge.

Paris, 8. August. Die französische Presse ist über die bevorstehenden deutschen Ozeanflüge stark beunruhigt, da sie fürchtet, daß die Deutschen den Ozean vor den Franzosen überqueren. Andererseits fehlt es nicht an warnenden Stimmen, die behaupten, daß die französischen Flieger nicht genügend vorbereitet wären, um mit Aussicht auf Erfolg sich an dem Wettkampf zu beteiligen. So schreibt Paris Midi, daß man nicht ohne Zittern an das Schicksal der französischen Flieger denken könne. Kein einziger von ihnen habe mit seinem Apparat die notwendige Zeit in der Luft zugebracht. Das Blatt fordert von der Regierung, die Flüge nur zu gestatten, wenn die Flieger einen Probeflug von mindestens 48 Stunden zurückgelegt hätten. Man dürfe nicht vergessen, daß die Deutschen sich seit zwei Jahren methodisch für einen Ozeanflug vorbereitet haben.

Kundgebungen der Saarbergleute.

Schwere Zusammenstöße in Saarbrücken.

Mehr als 50 000 Saarbergleute, die in stundenlangen Fußmärschen aus den Grubenorten des Saargebietes herbeigekommen waren, protestierten in Saarbrücken gegen die Feierschichten und Massenentlassungen in den Saarbergwerken. In einer telegraphischen Entschließung wurde der Völkerbundrat um Eingreifen zwecks Abwendung des Elends ersucht. Der Pariser Verwaltungsrat der Saargruben sowie der französische Minister für öffentliche Arbeiten wurden zu sofortigen Verhandlungen aufgefordert.

Während der Durchmarsch der Bergleute durch die Stadt ohne ernstere Zwischenfälle verlief, kam es vor der Bergwerksdirektion und den Regierungsgebäuden zu Zusammenstößen mit der Polizei, die von der blanken Waffe Gebrauch machte, als mehrere tausend Bergleute gegen die Wohnung des Saarpräsidenten vorzudringen versuchten. 16 Demonstranten wurden verletzt, darunter mehrere schwer. Verletzungen leichterer Natur erlitten mehr als 30 Landjäger.

Die französische Beamtenschaft der Bergwerksdirektion hatte das Direktionsgebäude vorsichtshalber bereits am Vormittag geräumt.

Der Lotterieskandal.

Eine weitere Gewinnnummer gestohlen.

Zu dem Lotteriebetrug des Lotterieoberinspektors Böhm und des Lotterieoberinspektors Schleinstein bei der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie wird amtlich mitgeteilt:

Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung gegen die schuldigen Beamten hatten diese auch für die 5. Klasse der jetzt laufenden 29. Klassenlotterie wiederum betrügerische Manipulationen beabsichtigt. Es muß deshalb mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß sich nicht alle 278 000 Losnummern in dem Rade befinden. Um jede neue Unregelmäßigkeit auszuschließen, ist deshalb vom preußischen Finanzministerium angeordnet worden, die gesamten Losnummern neu herzustellen. Nach Ausführung dieser Arbeit wird die Einschüttung der Losnummern

in voller Oeffentlichkeit erfolgen

und jeder Lotteriespieler kann der Einschüttung der Losnummern beiwohnen.

Diese öffentliche Einschüttung der Losnummern stellt keine Ausnahme dar, sondern die Öffentlichkeit der Ziehungsvorbereitung war auch bisher gewahrt. Wenn z. B. von einem Losspieler bei der Einschüttung die Frage gestellt wurde, ob sich auch die von ihm gespielte Nummer im Gewinnrade befinde, so mußte diese Nummer aus dem Losrade herausgesucht und dem Spieler gezeigt werden.

Der preußische Finanzminister hat auf dem Dienstaufsichtswege angeordnet, daß eine allgemeine Untersuchung der Vorgänge bei der Generallotteriedirektion zu erfolgen habe. Mit dieser Untersuchung ist ein Ministerialrat des preußischen Finanzministeriums beauftragt worden. Außerdem ist die Oberrechnungskammer an der Untersuchung beteiligt. Unabhängig von diesen Maßnahmen läuft selbstverständlich auch die bereits im Gang befindliche Untersuchungsaktion der Staatsanwaltschaft weiter.

Die beiden Betrüger gaben zu, daß ihnen die Beute aus erstem Manöver nicht genügt habe, und daß sie dieselbe Manipulation wiederholen wollten. Der Lotterieoberinspektor Böhm gestand dem Untersuchungsrichter, daß er sich in den Besitz des Losröllchens Nr. 360 672 gesetzt hat. Eine Rückfrage, die der Untersuchungsrichter bei der Generaldirektion der Klassenlotterie vornahm, blieb ergebnislos. Böhm blieb aber bei seiner Behauptung, er befände sich tatsächlich im Besitze des Losröllchens.

Wie er das Röllchen hat stehlen können, darüber verweigert er jede Auskunft.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF